

## Pressemitteilung

06. Dezember 2023

### **In Hessen droht eine gesellschaftspolitische Rolle rückwärts**

Verhandlungen zwischen CDU und SPD: Schwerpunkt auf soziale und humanitäre Belange legen

Kurz vor Abschluss der Koalitionsverhandlungen appelliert der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen an CDU und SPD, in der kommenden Legislaturperiode die hessische Gesellschaft nicht weiter zu spalten, sondern drängende soziale Probleme entschlossen anzugehen. „Viele Vorhaben, die im Eckpunktepapier angekündigt werden, sind reaktionär, an einigen Punkten werden rechtspopulistische Forderungen übernommen. Es droht in Hessen eine gesellschaftspolitische Rolle rückwärts“, sagt Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen. „Für die zweite Hälfte der 2020er sollten Diversität, Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion, die Bekämpfung von Rassismus sowie die sozial-ökologische Transformation ganz oben auf der Agenda stehen. All diese Themen sucht man im Eckpunkte-Papier von CDU und SPD vergeblich.“

Das Wort Armut kommt im Eckpunkte-Papier nicht einmal vor. „Das ist skandalös, da in Hessen deutlich mehr Menschen von Armut betroffen sind als im bundesweiten Schnitt“, kritisiert Kristina Nottbohm, Grundsatzreferentin beim Paritätischen Hessen. Diese Leerstelle überrascht, da sich die CDU in ihrem Wahlprogramm zur Bekämpfung der Armut, insbesondere unter Kindern, bekennt und die SPD sogar eine Halbierung der Armut in Hessen binnen fünf Jahren in ihrem Wahlprogramm zum Ziel erklärt.

In der aktuellen globalen Multikrise sind umfassende Prävention und soziale Unterstützung gefragt. Doch das Eckpunkte-Papier atmet einen konservativen, repressiven Geist und lässt innovative Konzepte vermissen. Soziale Themen wie Sucht und häusliche Gewalt werden unter dem Stichpunkt Sicherheit abgehandelt, schon die Wortwahl „Frauenschläger“ und „Drogenkriminalität“ zeigt, dass hier Problematiken verkannt werden. Gleiches gilt für den dramatischen Fachkräftemangel in Hessen. Diesem ist mit der im Eckpunkte-Papier erwähnten „Fast-Lane für Fachkräfte aus dem Ausland“ nicht beizukommen. Vielmehr muss das Potenzial aller Menschen genutzt werden, die bereits in Hessen leben. Migration muss angesichts des demografischen Wandels

endlich als Chance begriffen werden und als unbedingte Notwendigkeit. Doch anstatt auf eine Integration und Förderung von Anfang an setzt das Eckpunkte-Papier von CDU und SPD auf Abschottung, Ausgrenzung und Abschiebung.

Auch bei der Bekämpfung der Wohnungsnot fehlt es an vielversprechenden Lösungsansätzen. Die Ankündigung, die Investitionen in den sozialen Wohnungsbau lediglich zu verstetigen, ist ein Schlag ins Gesicht aller Familien, die unter den horrenden Mieten leiden. Das Land muss angesichts steigender Baukosten wesentlich mehr Geld als bisher für den sozialen Wohnungsbau ausgeben. Gestrichen werden kann dagegen die von CDU und SPD geplante Unterstützung beim Erwerb von Eigenheimen, die nur bei Besserverdienenden ankommen würde und damit sozial ungerecht ist.

Nicht zeitgemäß ist auch der Abschnitt zur Bildung. Noten und Sitzenbleiben stehen ganz weit vorn, die schulische Inklusion wird dagegen mit keinem Wort erwähnt. Geradezu paradox mutet es an, dass CDU und SPD „Anreize statt Verbote, Beteiligung statt Bevormundung“ proklamieren und im nächsten Satz ankündigen, dass sie das Gendern mit Sonderzeichen in staatlichen und öffentlich-rechtlichen Institutionen wie Schulen, Universitäten und Rundfunk verbieten wollen. Diese Maßnahme wäre tiefgreifend und geht weit über das hinaus, was die CDU zum Thema geschlechtergerechte Sprache in ihrem Wahlprogramm fordert.

„Das Eckpunktepapier von CDU und SPD hat uns zutiefst alarmiert. Sein Tenor spiegelt die Verschiebung der politischen Debatte wider, die auch bundes- und weltweit Anlass zur Sorge gibt“, so Dr. Yasmin Alinaghi abschließend: „Wir appellieren an die künftigen Koalitionäre, in der Schlussphase ihrer Verhandlungen die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen, humanitäre Belange sowie die Verteidigung einer demokratischen und offenen Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen.“

### **Ansprechpartnerin beim Paritätischen Hessen:**

Kristina Nottbohm

Referentin für Grundsatzfragen

Telefon: 069 955262-11

E-Mail: [kristina.nottbohm@paritaet-hessen.org](mailto:kristina.nottbohm@paritaet-hessen.org)

---

**Der Paritätische Hessen** ist der Spitzenverband von mehr als 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

**Der Paritätische Hessen** vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.